



Aktueller Begriff

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Die Roma-Dekade 2005-2015

Im Februar 2005 unterzeichneten die Regierungen von Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Mazedonien, Rumänien, Serbien und der Slowakei eine gemeinsame Erklärung, mit der die „**Decade of Roma Inclusion, 2005-2015**“ (nachfolgend Roma-Dekade) ausgerufen wurde. Darin verpflichteten sich die teilnehmenden Staaten, ihre Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung der Roma, die die größte ethnische Minderheit Europas darstellen, zu verstärken, ihre umfassende Integration zu unterstützen und hierzu nationale „**Decade Action Plans**“ (DAP) zu erstellen. In diesen werden Zielvorgaben für die vorrangigen Handlungsfelder Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum formuliert sowie institutionalisierte Instrumente zur Umsetzung dieser Ziele aufgeführt.

Zwei Jahre nach Beginn der **Roma-Dekade** zog die Initiative **DecadeWatch**, eine durch das Open Society Institute und die Weltbank unterstützte Gruppe von Roma-Aktivist*innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppierungen und Wissenschaftler*innen, eine erste Zwischenbilanz. Diese basiert auf Untersuchungen, die DecadeWatch in den Jahren 2005-2006 eigenständig durchführte, um die Umsetzung der ehrgeizigen Ziele in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Dekade zu überprüfen und auf Erfolge wie auf Mängel, insbesondere in den Kernbereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Wohnen und Diskriminierung, hinzuweisen.

Hintergrund der Initiative, die von der Europäischen Union und den Vereinten Nationen unterstützt wird, sind die massiven Benachteiligungen, denen Roma und Sinti besonders in den Transformationsstaaten Ost-, Mittelost- und Südosteuropas ausgesetzt sind. Die Europäische Kommission zählt die Probleme der ca. 10 bis 12 Millionen in dieser Region lebenden Roma, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges verstärkt haben, zu „**Europas drängendsten Menschenrechtsfragen**“. Sowohl in den neuen wie auch in den alten EU-Mitgliedsstaaten seien Roma nach wie vor spürbaren Diskriminierungen und gesellschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt. Als Folge der unter sozialistischer Herrschaft betriebenen Assimilationspolitik waren Roma in diesen Ländern vergleichsweise gut, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau als angelernte Arbeitskräfte, in den Arbeitsmarkt integriert und somit auch in die sozialen Sicherungssysteme eingebunden. Mit dem Einsetzen der überall vom Arbeitsplatzabbau in Produktion, Baugewerbe und Landwirtschaft begleiteten ökonomischen Umbrüche waren die Roma als Verlierer der Transitionsprozesse prädestiniert. Der auch zu Ostblockzeiten stets latent vorhandene **Antiziganismus** der Mehrheitsbevölkerungen brach, katalysiert durch den wirtschaftlichen Umbruch, in den 1990er Jahren massiv hervor und äußerte sich, wenn auch in unterschiedlicher Vehemenz, in allen ehemals sozialistischen Staaten mit Roma-Gemeinden in Form von Feindseligkeiten und Diskriminierung bis hin zu gewalttätigen Übergriffen (Tschechische Republik, Albanien).

Besonders spürbar sind die Benachteiligungen im Bildungssektor, dem für die Chance auf gesellschaftliche Integration und sozialen Aufstieg gerade einer so jungen Population wie die der Roma zentralen gesellschaftlichen Bereich. Einschlägige Studien zur Situation der Roma-Kinder, die u.a. von UNDP, UNICEF, dem Open Society Institut und dem Roma Education Fund für einzelne oder mehrere mittel- und osteuropäische Länder durchgeführt wurden, stellen übereinstimmend eine „**de facto Segregation**“ im Bildungswesen fest, die durch die Kumulation ungünstiger Faktoren

verfestigt wird: Verglichen mit den Alterskohorten der jeweils untersuchten Mehrheitsbevölkerung verfügen Roma-Kinder über deutlich höhere Analphabetenquoten, kürzere Schulbesuchsdauer, und sie werden ohne eingehende Prüfung häufig automatisch Sonderschulklassen oder Schulen mit hohem Romaanteil zugewiesen. Vorschulische Einrichtungen zur besseren Vorbereitung auf die Bildungslaufbahn werden von Roma-Kindern kaum besucht, u.a. wegen der damit verbundenen Kosten und der schlechten Infrastruktur in ländlichen Gebieten.

Die EU-Kommission hat die Diskriminierung von Roma bereits 1989 in der **Entschließung des Rates vom 22. Mai 1989** zu einer verbesserten schulischen Betreuung der Roma und Sinti thematisiert. Von 2001 bis 2003 wurden im Rahmen des **PHARE-Programms** 77 Mio. Euro Zuschüsse für Roma-Projekte in den damaligen Beitritts- und Kandidatenländern gewährt. Auch das **Jugend-Aktionsprogramm 2000-2006** im Bereich der Bildung hatte das Ziel, durch transnationale Aktivitäten das interkulturelle Bewusstsein zu stärken, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit abzubauen und Bildungsangebote für Roma und Sinti zu verbessern. Hinzu kommen zwei Programme des EU-Strukturfonds, die von Roma abgerufen werden können: Der **Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** und der **Europäische Sozialfonds (ESF)**, aus dessen Mitteln sog. Entwicklungspartnerschaften zur Realisierung von Projekten finanziert werden, die einer besseren Integration von ethnischen Minderheiten dienen sollten, wie z.B. das deutsche Projekt „Roma und Sinti durch Selbstorganisation zu Beschäftigung und Existenzsicherung“.

DecadeWatch kommt zusammenfassend zu der Bewertung, dass es zwar in allen Dekade-Ländern mit Ausnahme Mazedoniens in den letzten zwei Jahren „spürbaren Fortschritt“ gegeben habe, weist aber in aller Deutlichkeit darauf hin, dass weiterhin dringender Handlungsbedarf bestehe. Obgleich Decade Action Plans (DAP) und ein entsprechender institutioneller Rahmen für ihre Umsetzung geschaffen worden seien, mangle es dennoch in allen Ländern an Nachhaltigkeit der Initiativen; deshalb plädiert DecadeWatch für langfristige und kontinuierliche Strategien. Die institutionelle Zusammenarbeit der relevanten Arbeitsebenen sei noch unzureichend und müsse verbessert werden. Dies gelte sowohl für die nationalstaatliche Ebene als auch für den Informationsfluss zwischen Hauptstädten und Provinzen. Die Rolle der Kommunen, die für den Erfolg der Maßnahmen entscheidend sei, müsse stärker anerkannt, die Umsetzung der Reformen auf lokaler Ebene besser kontrolliert werden. Positiv sieht DecadeWatch die Einrichtung des **Decade Trust Funds**, aus dem eine Reihe von Gemeinschaftsaufgaben finanziert würden und in den mit Ausnahme von Serbien und Montenegro alle Dekademitgliedsstaaten einzahlten. Allerdings unterschieden sich die neun Teilnahmeländer erheblich im Reformwillen, dem Reformtempo und den bislang erzielten Ergebnissen. Während bei Ungarn zahlreiche Fortschritte zu verzeichnen seien, bereiteten Albanien, Montenegro und Mazedonien hinsichtlich des Prozesses der Roma-Integration große Sorgen. Neben tiefsitzenden Ressentiments gegenüber Roma erweise sich der Mangel an zuverlässigen Daten in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Wohnen als größtes Hindernis auf dem Weg zu einer Umsetzung der DAP. Erst umfangreiche, regelmäßig erhobene und differenzierte Daten ermöglichten es zu überprüfen, ob die Implementierung begonnener Reformen erfolgreich sei. DecadeWatch empfiehlt, sogenannte Zwei-Jahres-Pläne einzuführen und verbindliche Zielvereinbarungen zu treffen. Die Umsetzung der Agenda der Roma-Dekade müsse von den Regierungen stärker als gemeinsame Aufgabe aller staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure begriffen werden, um langfristig ein tatsächlich diskriminierungsfreies Klima und positive Zukunftschancen für die heute junge Roma-Generation zu schaffen.

Quellen:

- Decade of Roma Inclusion 2005-2015, offizielle Website der Dekade-Teilnehmer (<http://www.romadecade.org/>)
- Decade Watch. Roma Activists Assess the Progress of the Decade of Roma Inclusion 2005-2006, (www.decadewatch.org)
- Roma Education fund, (<http://www.romaeducationfund.hu/>)
- Open Society Institute, Equal access to quality education for Roma, 2007, (<http://www.soros.org>)
- UNICEF, Zur Lage der Roma-Kinder in Süd-Ost-Europa, Studie 2007, (www.unicef.de)
- European Commission, Regular Report on Romania's Progress towards Accession to European Union-2006, (http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/roma/rfund/rfund_de.htm)

Verfasserinnen: RDn Birgit Meiners, VAe Huberta von Voss-Wittig, WD 2 – Auswärtiges, Internationales Recht, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe